

Vor der Präsidentschaftswahl: Frankreich rückt nach rechts

Henrik Uterwedde

Im April 2022 wählt Frankreich einen neuen Präsidenten. Es handelt sich dabei um die entscheidende politische Weichenstellung in unserem Nachbarland, denn der Präsident verfügt im politischen System der V. Republik über eine erhebliche Machtfülle, vor allem wenn er von einer Mehrheit in der Nationalversammlung unterstützt wird. Dies haben die vergangenen fünf Jahre mit Präsident Emmanuel Macron an der Staatsspitze mit aller Deutlichkeit vorgeführt. Wohin wird die Reise Frankreichs, unseres wichtigsten Partners in der Europäischen Union, diesmal gehen? Kann Macron sich erneut behaupten, oder wird er – wie es seinen beiden Vorgängern erging – aus dem Amt gewählt? Wer könnte dann das Land regieren? Mittlerweile haben sich alle politischen Lager in Stellung gebracht, stehen die Kandidatinnen und Kandidaten vorläufig fest. Nur Macron hat sich noch nicht klar geäußert; er möchte möglichst lange von seinem Amtsbonus profitieren und dürfte den Februar abwarten, um seine erneute Kandidatur zu verkünden. Der folgende Beitrag versucht, die derzeitige politische Landschaft in Frankreich zu skizzieren und die Chancen der ein-

zelnen Bewerber einzuschätzen. Zunächst aber soll der Zustand Frankreichs beleuchtet und dabei auch eine Bilanz der Präsidentschaft Macrons gezogen werden.

Rasanter Reformkurs: Licht und Schatten

Emmanuel Macron übernahm im Mai 2017 die Macht in einem Land, das durch tiefgreifende Probleme, Verunsicherungen und gesellschaftliche Spaltungen gekennzeichnet war.¹ Eine Wachstums-, Sozial- und Vertrauenskrise hatte sich in den Jahren zuvor aufgebaut, der gegenüber die Politik sich als zunehmend hilflos erwiesen hatte. Macrons Wahl signalisierte dagegen einen Aufbruch, einen Neuanfang. Ihm war es gelungen, sich als Reformkandidat der Mitte gegenüber den etablierten Parteien der Rechten (Les Républicains) und der Linken (Sozialistische Partei) durchzusetzen und die rigide Links-Rechts-Polarisierung zu überwinden. Kaum im Amt, überzog der Präsident das Land mit einer wahren



Henrik Uterwedde
Deutsch-Französisches Institut

Flut wirtschaftlicher und sozialer Strukturreformen, die es in dieser Fülle und diesem Tempo vorher nicht gegeben hatte: ein flexibleres Arbeitsrecht, Steuer- und Abgabenentlastungen für Bürger und vor allem für Unternehmen, eine Erneuerung der beruflichen Bildung, eine Reform der öffentlichen Verwaltung und vieles mehr. Er scheute sich dabei nicht, an Tabus zu rühren und sich gegen massive Widerstände vor allem im Gewerkschaftslager durchzusetzen. Trotz mancher Fehler, Verzögerungen und Rückschläge hat dieser Reformkurs zu einer Trendwende beigetragen: Es gab eine neue Wachstums- und Beschäftigungsdynamik. Frankreich konnte seine Wettbewerbsfähigkeit deutlich verbessern und ist für ausländische Investoren wieder attraktiver geworden.² Kurz: Macron hat es vermocht, die Wirtschaft aus ihrer Erstarrung zu befreien und neue Zuversicht zu verbreiten. Überdies kontrastierte sein klarer europapolitischer Kurs mit all den europaskeptischen, ja nationalistischen Tönen, die bis dahin die politische Debatte in Frankreich weithin beherrscht hatten.

Allerdings wurde Macrons rasanter Reformkurs nicht von allen Bürgerinnen und Bürgern gleichermaßen gutgeheißen. Das liegt zum einen an den traditionell starken Widerständen gegen Reformen gerade im Bereich des Arbeitsrechts und des Sozialstaates – Widerstände, die sich oft in massiven Streiks und Massendemonstrationen geäußert und damit häufig Reformvorhaben blockiert haben, auch wenn klar war, dass ein dringender Handlungsbedarf bestand. Macron war der erste Präsident seit langem, der diesen Widerständen trotzte und seine Pläne auch gegen vehemente Proteste durchsetzte. Was aber viele Franzosen verbittert hat, ist der Regierungsstil des Präsidenten, der viele Entscheidungen „von oben“ durchsetzte und nur wenig Neigung zeigte, mit Gewerkschaften oder Wirtschaftsverbänden einen Dialog zu suchen. So verprellte er auch potenzielle Bündnispartner, wie etwa die stärkste Gewerkschaft CFDT, die durchaus bereit war, den Reformkurs positiv zu begleiten und mitzugestalten. Generell zeichnete sich Macrons Regierungsstil dadurch aus, dass er den Zwischengewalten und Akteuren der Zivilgesellschaft (in erster Linie Parteien und Verbände), die in einer pluralen Demokratie eine wichtige Funktion als Bindeglied zwischen Regie-

rung und Bürgern einnehmen, nur wenig Beachtung schenkte und sie nicht in die Entscheidungsfindung einbezog.

Die Machtfülle des Präsidenten in der V. Republik hat schon mehrfach die Amtsinhaber zu einem selbstherrlichen Regierungsstil verleitet. Dies gilt in besonderem Maße für Emmanuel Macron. Sein Handeln ist in den Augen vieler durch „einsame“ Entscheidungen geprägt, die von der Lebenswirklichkeit der Bürger stark abgehoben sind. Damit löste er wiederholt Proteste und Verbitterung aus, etwa als die Regierung 2018 ohne vorherige Konsultationen die Höchstgeschwindigkeit für Autos auf Landstraßen herabsetzte und die Dieselsteuer erhöhte – Maßnahmen, die zahlreiche Pendler und Einwohner in der Provinz betrafen. Diese Maßnahmen waren der Auslöser für die Protestaktionen der sogenannten Gelbwesten – einer Revolte, die vor allem in der Provinz wachsenden Zulauf fand, sich rasch auf andere Themen erweiterte und mit ihren zunehmend aggressiven, vor Gewalt nicht zurückschreckenden Aktionen die Regierung zunehmend in die Defensive zwang. Dem Präsidenten gelang es erst nach Monaten und nur mit großer Mühe, diese Revolte zu ersticken. Zunächst legte er ein milliardenschweres Sozialpaket auf, das die Kaufkraft gerade der prekären Mittelschichten stärkte (die das Rückgrat der Gelbwesten bildeten); danach initiierte er einen groß angelegten Bürgerdialog („Grand débat“), um auf die wachsenden Forderungen nach mehr Bürgernähe und -beteiligung einzugehen. Im selben Jahr initiierte er einen Bürgerkonvent zur Klimapolitik. Dennoch musste Macron einen deutlichen Vertrauensverlust hinnehmen. Fortan bremste er seinen Reformelan deutlich, um nicht Anlass zu neuen Unruhen zu geben.³

Dieser Vertrauensverlust war auch zu Beginn der Coronakrise Anfang 2020 spürbar. Das Land wurde wesentlich stärker von der Pandemie getroffen als etwa Deutschland, was zu überaus harten Lockdown-Maßnahmen und starken Einschränkungen für die Bevölkerung führte. Der Regierung schlug allenthalben Misstrauen entgegen. So fanden im April 2020 nur 40% der Befragten, dass die Regierung die Krise gut meistere (in Deutschland und dem Vereinigten Königreich waren es zur gleichen Zeit fast drei Viertel der Be-

fragten). Allerdings konnte der Präsident im weiteren Verlauf das Blatt wenden. Dazu trugen nicht nur die großzügigen Hilfsprogramme für Beschäftigte und Unternehmen bei, sondern auch die geänderte Politik, die ab 2021 auf Lockdowns weitgehend verzichtete und eine energische, erfolgreiche Impfkampagne betrieb.⁴ Derzeit ist die Impfquote Frankreichs etwas höher als in Deutschland, nachdem sie lange Zeit deutlich geringer gewesen war. Auch die Wirtschaft, die 2020 stärker eingebrochen war als in Deutschland, erholte sich rasch; für 2020 erwartet die OECD ein Wachstum von 6,8%, für 2022 immerhin von mehr als 4%. Das sind Pluspunkte für Macron, der mit seiner beherrzten Anti-Coronapolitik das Land wieder zurück in die Spur bringen konnte. Ende 2021 kam er in Umfragen auf 30% bis 40% Zustimmung – das ist in Frankreich ein solider Wert zum Ende einer schwierigen Amtsperiode.

Pessimismus, soziales und politisches Misstrauen

Ist damit aber auch die tiefe Vertrauenskrise zwischen Bürgern und politischer Klasse, die Frankreich seit vielen Jahren und nicht erst seit der Gelbwesten-Revolution kennt, überwunden worden? Das renommierte politikwissenschaftliche Forschungszentrum CEVIPOF gibt seit 2009 eine jährliche umfangreiche Erhebung unter dem Titel „Barometer des politischen Vertrauens“ in Auftrag, die ein guter Gradmesser der Einstellungen der Franzosen ist und neuerdings auch Vergleiche mit den Nachbarländern einschließt.⁵ Daraus geht hervor, dass in den vergangenen Jahren zwar einige Lichtblicke zu verzeichnen sind. So beurteilten im Mai 2021 48% der Befragten das Funktionieren der Demokratie in Frankreich als „gut“ und 49% als „schlecht“; vor drei Jahren hatten noch die negativen Stimmen mit 70% deutlich dominiert gegenüber nur 27% positiven Urteilen. Eine gewisse Unzufriedenheit mit der repräsentativen Demokratie kommt allerdings in Forderungen zum Ausdruck, mehr Bürgerbeteiligung zuzulassen, etwa durch die Einberufung von Bürgerkonventen zu bestimmten politischen Grundsatzfragen.⁶

In anderen Bereichen besteht weiterhin eine tiefe Kluft zwischen Bürgern und politischer Klas-

se. Die Umfrage 2021 bestätigt den seit langem ausgeprägten Pessimismus in der Gesellschaft. Wenn man die Franzosen nach ihrer gegenwärtigen Befindlichkeit fragt, so dominieren Begriffe wie Verdrossenheit (41%), Missmut/Trübsinn (34%) oder Misstrauen (28%). Dagegen nennen die gleichfalls befragten Deutschen oder Briten als erstes „Gelassenheit“. Frankreich bleibt eine „Gesellschaft des sozialen Misstrauens“, wie es die Forscher Yann Algan und Yves Cahuc formulieren. Dies geht einher mit dem ausgeprägten Gefühl, in einer Gesellschaft der Ungleichheit und der Ungerechtigkeit zu leben. Schließlich zeigt sich ein anhaltendes Misstrauen gegenüber der Politik im allgemeinen und gegenüber den politischen und sozialen Akteuren: Nur 32% vertrauen den Gewerkschaften (in Deutschland: 56%) und nur 16% den politischen Parteien (Deutschland: 39%). 80% der Befragten (in Deutschland: 51%) glauben, dass die politischen Verantwortlichen sich nicht um Menschen wie sie kümmern.⁷

Die Umfragen zu den politischen Einstellungen zeigen, dass die französische Gesellschaft in den vergangenen zehn Jahren nach rechts gerückt ist. Die linken Werte und Einstellungen haben in den vergangenen Jahren deutlich an Terrain verloren, die konservativen und rechten dagegen zugenommen. Dies liegt vor allem an der wachsenden Zustimmung zu repressiven Maßnahmen in der inneren Sicherheit oder einer restriktiven Politik gegenüber Zuwanderung. Überdies begünstigt die tiefe Kluft zwischen Wählern und politischer Klasse den Aufstieg von Extremisten und Populisten aller Schattierungen. Bis zu 40% der Bürger folgen mittlerweile derartigen Gruppierungen oder Personen, ob sie sich nun im Namen des „Volkes“ gegen „das System“ oder das „Establishment“ wenden, im Namen der „Nation“ gegen die Europäische Union, im Namen des „christlichen Frankreich“ gegen den Islam oder im Namen der „echten Franzosen“ gegen Zuwanderer insbesondere anderer Ethnien. Das politische Klima wird dadurch weiter verhärtet. Was bedeutet dies alles für die politische Landschaft Frankreichs und für den möglichen Ausgang der Wahlen im kommenden Frühjahr? Erinnert sei in diesem Zusammenhang daran, dass die Präsidentschaftswahl in zwei Wahlgängen entschieden wird. Nur die beiden Bewerber mit den meisten Stimmen im ersten

Wahlgang kommen in die entscheidende Stichwahl.

Weiter mit Macron – oder eine Präsidentin?

Klar scheint vor allem, dass sich das linke politische Lager in einer ausgesprochen schlechten Lage befindet. Nicht nur ist sein Wählerpotenzial geschrumpft, es ist auch weiterhin heillos zerstritten. Die Sozialisten, noch bis 2017 Regierungspartei und führende Kraft der Linken, sind mittlerweile von den Linkspopulisten um den Präsidentschaftskandidaten Jean-Luc Mélenchon und den – in Frankreich sehr links orientierten – Grünen überholt worden. Kommunisten, Trotzlisten und weitere kleinere Gruppierungen vervollständigen das Bild einer maximalen Zersplitterung. Alles in allem kann das linke und linksextreme Lager auf etwa ein Viertel aller Stimmen hoffen, aber keiner der Kandidaten erreichte in den Vorhersagen im Dezember auch nur die Zehnprozent-Marke: Mélenchon wurde mit 8%, der grüne Yannick Jadot mit 7% und die Sozialistin Anne Hidalgo gar nur mit 3-5% gehandelt. Die Einigung auf eine einheitliche Kandidatur, die die einzige Chance böte, einen linken Kandidaten in die entscheidende Stichwahl zu bringen, scheidet indessen an unüberbrückbaren ideologischen und persönlichen Gegensätzen, aber auch an Machtspielchen der betreffenden Parteien. Derzeit ist nicht abzusehen, wie diese Misere der Linken überwunden werden kann.

Gute Chancen, wieder in die entscheidende Stichwahl zu kommen, werden dem amtierenden Präsidenten Emmanuel Macron in den gegenwärtigen Umfragen (die ihn bei 25% sehen) eingeräumt. Macron hatte 2017 erfolgreich mit seinem Reformkurs der Mitte Wähler von links und rechts zu sich herüberziehen können, dadurch das Kartell der Sozialisten und der konservativen Republikaner (die sich bisher an der Macht abgewechselt hatten) gesprengt und beide Parteien in eine tiefe, bis heute anhaltende Krise gestürzt. So blieb als einzige Konkurrentin im zweiten Wahlgang die rechtsextreme Marine Le Pen übrig, gegen die sich Macron dann relativ locker durchsetzen konnte. Bis vor kurzem sah es so aus, als

könne sich dieses Szenario 2022 wiederholen: Marine Le Pen befand sich in den Umfragen mit über 20% in einer guten Ausgangsposition, um in die Stichwahl zu kommen. Für den Präsidenten wäre dies ein relativ komfortabler Weg in eine zweite Amtszeit. Aber mittlerweile ist Bewegung in die Kandidatenlandschaft gekommen. Zum einen ist auf der extremen Rechten mit dem Journalisten Eric Zemmour ein neuer Konkurrent für Marine Le Pen aufgetaucht. Während letztere seit geraumer Zeit versucht, ihre extremen Botschaften freundlicher zu verpacken und damit vor allem Anhänger der bürgerlichen Parteien gewinnen will, gibt sich Zemmour, der seit Jahren in willfähigen Medien seine kruden Thesen verbreitet, in Ton und Inhalten deutlich radikaler und nutzt alle Möglichkeiten, um ungeniert Ängste und Ressentiments zu schüren und Hass zu säen. Damit profiliert er sich nicht nur gegenüber Le Pen, die vielen extremen Rechten inzwischen als „zu lasch“ gilt, sondern findet auch bei vielen Anhängern der konservativen Republikaner Anklang. Längst sind derartige einwanderungsfeindliche Überfremdungsthemen in weiten Teilen der öffentlichen Meinung hoffähig geworden. Dennoch: Für das rechtsextreme Lager könnte sich die drohende Spaltung zwischen beiden Kandidaten fatal auswirken: Umfragen sehen beide zusammen zwar bei immerhin 30%; aber weder die 16% für Le Pen noch die 14% würden für den Einzug in die Stichwahl ausreichen.

Dazu kommt, dass die Konservativen (Les Républicains) mit der Nominierung der Präsidentschaftskandidatin Valerie Pécresse wieder in die Offensive gekommen sind. Die Partei war nach der Wahl Macrons 2017 in eine schwere Führungs- und Orientierungskrise geraten. Wachsende Spannungen zwischen ultrakonservativen Positionen, die teilweise die Grenzen zum Rechtsextremismus verschimmen ließen, und gemäßigten, stärker zur Mitte orientierten Kräften konnten nicht überbrückt werden. Auch deshalb hatten sich gemäßigte Republikaner Macron angeschlossen; mit Edouard Philippe wurde einer von ihnen der erste Premierminister des neuen Präsidenten. Auch heute zeigen sich große Teile der Partei empfänglich für die von Le Pen und Zemmour vertretenen antieuropäischen, teilweise rassistischen Parolen und für die von ihnen verbreiteten

Überfremdungsängste. Eine Mehrheit von 60% der Mitglieder aber entschied sich für Pécresse, die einen wirtschaftsliberalen, innenpolitisch klar rechten Kurs vertritt und damit auch die weiter rechts stehenden Mitglieder einzubinden versucht, ansonsten aber eine klare Grenzlinie zur extremen Rechten zieht. Sollte ihr dieser Spagat zwischen Konservativen und Ultrarechten gelingen, könnte sich die neue Kandidatin, die zur Zeit Präsidentin der Hauptstadtregion Ile-de-France ist, als glaubwürdige konservative Alternative zu Macron präsentieren. Sie könnte dann darauf hoffen, Stimmen sowohl aus dem Macron-Lager als auch von den Rechtsextremen zurückzugewinnen. Erste Umfragen nach ihrer Nominierung deuten darauf hin, dass Valérie Pécresse Le Pen überholen und sich für die Stichwahl qualifizieren könnte. Sollten diese sich bewahrheiten, dürfte die kommende Wahlentscheidung spannend werden, denn dann gäbe es wieder eine echte demokratische Alternative zum amtierenden Präsidenten. In einer solchen Konstellation könnte Emmanuel Macron nicht sicher sein, sein Amt erfolgreich zu verteidigen. Es gibt also noch einige Unwägbarkeiten, denn die Dynamik des jetzt beginnenden Wahlkampfes ist nicht vorhersehbar. Eines scheint indessen gewiss: Frankreich rückt nach rechts – wie stark, wird sich im April 2022 erweisen.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Henrik Uterwedde: Wohin steuert Frankreich?, in: GWP – Gesellschaft, Wirtschaft, Politik, Nr. 2/2016, Juni 2016, S. 171-176
- 2 Vgl. Henrik Uterwedde: Wirtschafts und Sozialreformen: Inhalte, Erfolge und Grenzen der Macron-Methode, in: Deutsch-Französisches Institut (Hrsg.): Frankreich Jahrbuch 2018, Wiesbaden: VS 2019, S.73-89.
- 3 Vgl. Eileen Keller: Der Grand Débat National in Frankreich. Hintergründe, Ablauf und erste Ergebnisse der großen Bürgerbefragung, Ludwigsburg: Deutsch-Französisches Institut, Juni 2019 (Aktuelle Frankreich-Analysen Nr. 35); zum problematischen Regierungsstil Henrik Uterwedde: Wirtschafts- und Sozialreformen, a.a.O.
- 4 Vgl. Nadia Pantel: Macrons Corona-Politik. Eine vorläufige Bilanz, in: Corine Defrance/ Ulrich Pfeil (Hrsg.): Länderbericht Frankreich, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2021, S. 160-165.
- 5 Cevipof: Baromètre de la confiance politique (<https://www.sciencespo.fr/cevipof/fr/content/le-barometre-de-la-confiance-politique.html>).
- 6 Macron hat Anfang 2019
- 7 Zu allen zitierten Zahlen und Schlussfolgerungen vgl. die Analyse von Bruno Cautrès und Luc Rouban: La gestion de la crise sanitaire en France au miroir de la défiance politique et d'une société peu cohésive, Paris: Conseil d'analyse économique, Oktober 2021, vor allem S. 1-5.